

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Dürr, Grigorios Aggelidis,
Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/22486 –

Nachhaltigkeit umfassend denken – Fiskalische Nachhaltigkeit sichern

A. Problem

Eine fiskalisch nicht nachhaltige Politik kann langfristig auch nicht ökologisch oder sozial nachhaltig sein. Nicht erst seit der Corona-Krise haushaltet der Bund aus Sicht der antragstellenden Fraktion auf Kosten der Zukunft, denn rund drei Viertel der Nachhaltigkeitslücke des deutschen Staates werden weder von der Schuldenbremse des Grundgesetzes erfasst noch tauchen sie in den offiziellen Schuldenstatistiken auf.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22486 abzulehnen.

Berlin, den 13. Januar 2021

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Lötzsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/22486** in seiner 175. Sitzung am 16. September 2020 beraten und an den Haushaltsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP soll der Deutsche Bundestag den Haushaltsausschuss bitten, bis zum Frühjahr 2021 unter Beteiligung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung ein Konzept zu entwickeln, wie das Prinzip fiskalischer Nachhaltigkeit in den Gesetzgebungsverfahren effektiver und verbindlicher verankert werden kann als es bisher u. a. in § 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages der Fall ist.

Darüber hinaus soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

1. der fiskalischen Nachhaltigkeit bereits bei der Erstellung von Gesetzentwürfen zentrale Bedeutung zuzuweisen;
2. einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen, der die bestehende Schuldenbremse des Grundgesetzes um eine sog. implizite Schuldenbremse ergänzt;
3. einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen, der eine Begrenzung der strukturellen Sozialausgabenquote des Bundeshaushalts auf 50 Prozent vorsieht und temporäre Ausnahmeregeln für Wirtschaftskrisen enthält;
4. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der von der Europäischen Kommission regelmäßig berechnete Indikator für fiskalische Nachhaltigkeit („S2“) zu einem verbindlichen und sanktionsbewehrten Bestandteil der Beurteilung der nationalen Haushalte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird;
5. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass auch die Schulden der EU im Rahmen des geplanten Instruments „Next Generation EU“ anteilig in die Bewertung der fiskalischen Nachhaltigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten einbezogen werden;
6. in den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 ein Ausgabenmoratorium für alle nicht für die Krisenbewältigung notwendigen neuen Ausgaben einzufügen;
7. einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der „Rente mit 63“ für noch nicht verrentete Personen und zur Ersetzung der Grundrente durch eine zielgerichtete Basis-Rente in den Deutschen Bundestag einzubringen;
8. einen Gesetzentwurf für ein umfassendes Einwanderungsgesetz in den Deutschen Bundestag mit dem Ziel einzubringen, künftig pro Jahr 500.000 ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt anzuwerben;
9. einen Gesetzentwurf für ein umfassendes Entbürokratisierungs- und Entfesselungsgesetz für die Wirtschaft in den Deutschen Bundestag einzubringen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/22486 in seiner 105. Sitzung am 13. Januar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/22486 in seiner 93. Sitzung am 13. Januar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/22486 in seiner 86. Sitzung am 13. Januar 2021 abschließend beraten. Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/22486 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD gefasst.

Berlin, den 13. Januar 2021

Eckhardt Rehberg
Berichtersteller

Dennis Rohde
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichtersterterin

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller